

Sperrfrist: Dienstag, 27. September 2022, 18.00 Uhr

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

es gibt gute Zeiten. Zeiten wie in den Jahren vor der Corona-Pandemie. Unsere Steuereinnahmen konnten sich sehen lassen, unsere Investitionen wurden mit hohen Förderquoten hinterlegt. Die Preise waren kalkulierbar, Bauzeiten planbar. Wir konnten uns darauf konzentrieren, Schulden abzubauen und ausreichend Zukunftsvorsorge zu betreiben.

Und es gibt Zeiten wie diese, die Zeiten der Krisen. Uns ist es kaum möglich, verlässliche Prognosen zu formulieren. Wir schauen einmal mehr in eine Glaskugel und müssen dennoch planen und entscheiden.

Die Hauptverantwortung liegt in der Verabschiedung eines genehmigungsfähigen Haushaltes, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Billerbeck sicherzustellen. Auch auf die weiterhin akuten Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und durch den Ukraine-Krieg muss reagiert werden können. Gleichzeitig soll und wird weiterhin in die Zukunft unserer Stadt und ihrer Infrastruktur investiert. Dabei muss noch mehr als zuvor der Focus auf der Nachhaltigkeit und der Erreichung unseres jetzt gerade verabschiedeten kommunalen Klimaschutzes gelegt werden.

In diese Zeit der Krisen fällt der Haushaltsplanentwurf 2023, der von der Kämmerin aufgestellt und von mir heute eingebracht wird.

Noch nie waren die Unsicherheiten vor der Aufstellung des Haushaltsplanes größer als heute. Das birgt höhere Prognoserisiken. Es ist

eine großartige Leistung unseres Teams in der Verwaltung, dass wir ihn bereits heute einbringen können. Dafür sage ich unserer Kämmerin und allen anderen Beteiligten an dieser Stelle ein herzliches Danke!

Doch gerade diese vielen Fragezeichen fordern von uns, Orientierung zu geben in dieser schwierigen Zeit. Die Menschen erwarten von uns eine klare Haltung und abgewogenes Handeln.

Die guten Steuereinnahmen der vergangenen Jahre und der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen helfen uns derzeit dabei, die hohen zusätzlichen Belastungen des unsäglichen Ukraine-Krieges abzufedern. Bund und Land haben zugesagt, die Kommunen nicht alleine zu lassen. Allerdings reichen die bislang zugesagten Mittel bei weitem nicht. Ich fordere gemeinsam mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen Land und Bund auf, uns Kommunen zu stärken. Und zwar mit Geld und nicht nur mit guten Worten und Möglichkeiten, unseren Haushalt und die Jahresergebnisse mit außerordentlichen Erträgen zu schönen. Für die Kommunen ist derzeit kein „Entlastungspaket“ geschnürt worden.

Und dabei leiden auch wir unter den steigenden Kosten, wie jeder private Haushalt und unsere Betriebe auch.

Das uns schon aus der Coronazeit bekannte Gesetz soll über den 31.12.2022 verlängert und um das Thema Ukraine ergänzt werden. Demnach sind die Kommunen angehalten, alle Ausgaben für diese beiden Krisen gesondert zu erfassen und dann als Erträge zu buchen. Damit werden negative Ergebnisse abgemildert und die Rücklage geschont bis voraussichtlich 2027. Warten wir ab, wie das Gesetz genau aussieht. Unseren Haushalt stellen wir hier zunächst ohne solche „Erträge“ vor.

Coronakrise

Wir befinden uns im dritten Jahr der Corona-Pandemie. In Billerbeck sind derzeit 37 infizierte Menschen gemeldet, insgesamt kommen wir auf 4565 gemeldete Infektionen. Die Dunkelziffer wird höher liegen. Vier Menschen überlebten die Erkrankung nicht. Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen.

Die Pandemie sorgte bereits für erhebliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Kosten. Finanztechnisch schlagen sie in unserem Haushalt derzeit nicht negativ zu Buche, da wir diese Kosten ja „eliminieren“ und später abschreiben sollen. Dennoch fehlt uns die Liquidität und dennoch ist die Pandemie immer noch eine Belastung für uns alle. So war und ist der Rat, aber auch alle Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung in dieser Krise besonders gefordert.

Wir haben nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern die Digitalisierung der Schulen weiter betrieben und auch den Bau von stationären raumluft-technischen Anlagen für unsere Grundschule vorangetrieben. Diese werden nicht nur für stets ausgetauschte Luft in den Klassenzimmern sorgen, sondern künftig auch Wärme einsparen können.

Russland-Ukraine-Krieg

Schon die Corona-Krise hatte uns die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten deutlich vor Augen geführt. Seit dem 24. Februar 2022 nun trifft uns diese Abhängigkeit mit voller Wucht. Russland überfällt die Ukraine. Die Welt reagiert mit einem umfassenden Embargo. Die Folgen sind nun im Portmonee jedes Einzelnen und auch bei den Finanzen der Stadt deutlich spürbar. Wir zahlen, um einen Aggressor zu schwächen.

Wir nehmen geflüchtete Menschen auf, zunehmend aus der Ukraine. Alle Geflüchteten benötigen unsere Unterstützung; beim Ankommen

und Einleben. Schul- und Kita-Plätze werden benötigt, ebenso Integrationskurse. Wir suchen dringend weiteren Wohnraum, auch wenn wir ihn erst herrichten müssen.

Wenn Menschen allerdings Menschen, die hart für ihren Lebensunterhalt arbeiten, ihre Energierechnungen nicht mehr bezahlen können, wenn die Angst vor einem sozialen Absturz droht, muss sich der Staat engagieren.

Hier darf sich unsere Gesellschaft nicht auseinanderdividieren lassen. Ich hoffe sehr, dass Mittel und Wege gefunden werden, um die drohende soziale Spaltung abzuwenden.

Aus diesem Grunde wird es in diesem Jahr nicht die angekündigte Erhöhung der Grundsteuer geben. Die Stadt Billerbeck hat in den letzten Jahren gut wirtschaften können, daher greifen wir auf unsere Rücklage zurück. Die Hebesätze bleiben damit, wie sie sind. Es fehlen damit Mehreinnahmen in Höhe von rund 360.000 Euro. Das halte ich für verkraftbar.

Je nach künftiger Entwicklung müssen wir das Thema aber wieder aufgreifen. Zur Erinnerung: Im Finanzausgleich wird die Stadt Billerbeck so gestellt, als ob wir Einnahmen aufgrund der höheren, sog. fiktiven Hebesätze erzielen. Unsere Steuerkraft wird künstlich hochgerechnet, sodass wir höhere Abgaben an den Kreis Coesfeld leisten müssen. Wir müssen also Steuern abführen, die wir gar nicht eingenommen haben. Uns fehlen damit zusätzlich knapp 200.000 Euro.

Wir sind der Ansicht, dass nicht auch noch wir als Stadt unseren Bürgerinnen und Bürgern in diesen schwierigen Zeiten eine höhere Rechnung präsentieren sollten. Für einen Altbau mit 500 qm Grundstück würde die Erhöhung 48,71 Euro, bei einem Neubau 71,42 Euro. Das sind zwar angesichts der explodierenden Energiekosten vergleichsweise geringe Beträge, aber in diesen Zeiten kommt es auf jeden Euro an.

Durch die guten Jahre in der Vergangenheit konnten wir unsere Ausgleichsrücklage gut füllen. Unser Ziel, nicht in die Haushaltssicherung zu gelangen und damit unsere Handlungsfähigkeit zu behalten, können wir dank der bislang noch guten Gewerbesteureinnahmen halten.

Doch für die nächsten Jahre kann ich Steuererhöhungen nicht ausschließen. Wir haben die Pflichtaufgaben zu erfüllen und müssen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt investieren. Dazu benötigen wir eine ausreichend gute Finanzausstattung.

Ich bin sehr gespannt, wie die kommunalen Finanzen bundesweit auf sichere Füße gestellt werden. Wir haben unsere Hausaufgaben in guten Zeiten gemacht. Das war aber nicht allen Kommunen möglich. Angesichts der großen Herausforderung durch die stetig steigenden Standards, die explodierenden Soziallasten, durch die Notwendigkeit, die Klimaziele zu erreichen, ist hier dringend ein Umdenken erforderlich. Ganz aufgegeben habe ich diese Hoffnung auch nach 18 Jahren noch nicht. Billerbeck stand immer sehr gut da, weil wir durch großes Engagement, Aufmerksamkeit und Kreativität viele Fördermittel akquirieren konnten. Doch das alles kostet unglaublich viel Kraft. Die Flut der Förderprogramme nimmt kein Ende. Meine klare Haltung: Die Kommunen benötigen finanziellen Spielraum, damit vor Ort entschieden werden kann, was nötig ist. Und nicht ein Förderprogramm nach dem anderen.

Und sie benötigen vor allem eine auskömmliche Finanzausstattung, wenn wieder einmal neue Aufgaben beschlossen werden. So bleiben zum Beispiel durch den sicherlich notwendigen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz genauso Belastungen bei den Kommunen hängen, wie bei der Einführung von beitragsfreien Kita-Jahren. Noch schwieriger wird die Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule. Alles wichtige Errungenschaften für unsere Familien, die die Kommunen allerdings sehr belasten.

Uns allen muss bewusst sein, dass die finanziell guten Zeiten erst einmal vorbei sind.

Wir krempeln die Ärmel hoch, arbeiten weiter, vielleicht müssen wir uns auch von dem einen oder anderen lieb gewonnenen Standard verabschieden – aber wir bleiben gemeinsam zuversichtlich, dass wir die Herausforderungen stemmen können.

Wir brauchen aber auch und vor allem motivierte Menschen. Und hier fordere ich den Respekt ein gegenüber allen, die sich für unsere Stadt engagieren. Und die Anerkennung, dass dieses Engagement auch Grenzen hat. Wir müssen Prioritäten setzen, ob wir wollen oder nicht. Wir können nicht alles haben! Ohne eine 100prozentige Förderung oder eine bessere Finanzausstattung durch das Land oder den Bund, ist derzeit kein noch nicht beschlossenes Projekt umsetzbar. Wenn also zusätzliches personelles und finanzielles Engagement der Stadt gewünscht ist, müssen andere Projekte verschoben werden.

Ohnehin gehe ich davon aus, dass wir ab 2023 unsere Investitionsliste noch einmal auf den Prüfstand stellen müssen. Wir werden demnächst unser Klimaschutzkonzept verabschieden und Maßnahmen beschließen, die daraus entwickelt werden. Spätestens ab 2024 werden wir diese Maßnahmen auch im Haushalt abbilden müssen. Wenn es sich dabei um Investitionen handelt, müssen sich diese in unsere Liste einfügen.

Wir haben uns bereits Ziele gesetzt, die wir erreichen wollen. Daher müssen nach meinem Verständnis alle Investitionen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit noch einmal auf den Prüfstand.

Für 2023 ist eine zusätzliche Personalstelle für den Bereich Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit eingeplant. Es sind auch Mittel eingesetzt, um Beratung und Vernetzung zu betreiben. Im Bereich der energetischen Sanierung unserer Gebäude zur Einsparung von Co2 soll die Zweifach-Turnhalle angesetzt werden. Dafür müssen bereits

andere Projekte, z.B. im Bereich des Straßenausbaus, nach hinten geschoben werden. Auch die klimafolgengerechte Schulhofumgestaltung gehört in diese Reihe der Vorrangprojekte. Alles unter der Voraussetzung einer Förderung.

Kommen wir nun zu den Zahlen. Der Haushaltsplanentwurf 2023, den wir heute vorlegen, weist einen Jahresfehlbedarf in Höhe von gut 3,3 Mio. Euro aus. Wir können ihn durch eine Entnahme aus der durch die guten Jahre der Vergangenheit gut gefüllten Ausgleichsrücklage ausgleichen. Wir bleiben also handlungsfähig.

Für das noch laufende Jahr hatten wir ein Minus von 1,355 Mio. Euro prognostiziert. Nach jetziger Einschätzung gehen wir glücklicherweise von einem positiven Ergebnis aus. Wir konnten in Vorjahren sehr oft das Ergebnis verbessern, da die Steuereinnahmen höher waren als vorher geschätzt.

Wir glauben angesichts der weitreichenden Krise und der drohenden Rezession nicht, dass dieser Effekt in 2023 eintreten wird. Im Gegenteil. Auch unsere Unternehmen haben mit Lieferengpässen, hohen Energiekosten und auch noch Fachkräftemangel zu kämpfen.

Wir haben bereits höhere Beträge für die steigenden Energiekosten und für die Unterbringung der geflüchteten Menschen angesetzt. Ob diese ausreichen, steht in den Sternen.

Der Fehlbedarf kommt zustande durch eine Erhöhung der Aufwendungen, vor allem in den Bereichen Kreisumlage und Personalaufwendungen. An den Kreis Coesfeld werden wir in 2023 insgesamt 10 Mio Euro zahlen müssen. Zum Vergleich: wir erwarten in 2023 6,6 Mio. Euro an Gewerbesteuer, von denen wir auch noch 525.000 Euro an Gewerbesteuer-Umlage an das Land abführen müssen. Ich erwarte, dass sich auch der Kreis Coesfeld sparsam aufstellt. Wir haben in mehreren Sitzungen unserer „kleinen Haushaltskommission“, der

ich angehören darf, umfangreich die Struktur des Haushaltes besprochen und auch vereinbart, das sich Kreis und Kommunen in ihrem Handeln aneinander orientieren. Wohlwissend, dass in den Bereichen Jugend und Gesundheit ebenfalls unabwendbare Mehraufwendungen anstehen.

Die Stadt zahlt in 2023 435.000 Euro an freiwilligen Betriebskostenzuschüssen an die Kita-Träger, 293.300 Euro an den Trägerverein der offenen Ganztagschule. Das zeigt, dass unserer Stadt die Förderung junger Menschen besonders wichtig ist.

Damit die Stadt ihre Aufgaben erfüllen kann, ist eine Personalverstärkung erforderlich. Genannt seien hier die Bereiche Soziales, Ordnung und Klimaschutz. Wir haben immer ein Auge auf eine maßvolle Personalentwicklung, wohlwissend, dass wir auch in schwieriger werdenden Zeiten die Kosten stemmen können müssen. Daher gilt auch in diesem Bereich: Wir können nicht jedes Thema bearbeiten. Auch hier müssen klare Prioritäten gesetzt werden, damit die Arbeit in unserer Verwaltung leistbar bleibt. Die Personalaufwendungen steigen auf 5,6 Mio. Euro. In der Steigerung um 325.500 Euro sind ein Stellenzuwachs von 2,63 Stellen sowie Stellenanhebungen, Höhergruppierungen, Stufenaufstiege und ein 3prozentiger tariflicher Lohnzuwachs enthalten. Ob diese Prognosezahl so ausreicht, werden die Tarifverhandlungen ergeben.

Auch in diesem Jahr reichen die ordentlichen Erträge in Höhe von 25,2 Mio Euro nicht, um die Aufwendungen in Höhe von 28,5 Mio. Euro zu decken. Dennoch sind wir weiterhin abundant, das heißt, unsere angesetzte Steuerkraft ist so hoch, dass wir keine allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes bekommen.

An Steuereinnahmen verplanen wir in 2023 knapp 17 Mio. Euro. Neben der Gewerbesteuer sind hier die Beteiligungen an Einkommens- und Umsatzsteuer zu nennen.

Wir halten uns auch in diesem Jahr an den vom Rat beschlossenen Grundsatz, Investitionen nur im Umfang der uns vom Land zugeteilten Pauschale anzustoßen. Diese Pauschalen liegen im Jahr insgesamt bei 1,76 Mio. Euro. Dazu kommt eine Unterhaltungspauschale von gut 280.000 Euro.

Daher ist es für uns besonders wichtig, diesen Betrag mit Fördermitteln anzureichern. Für das Jahr 2023 planen wir Investitionen in Höhe von knapp 6,9 Mio. Euro. Damit liegen wir unter den für das laufende Jahr geplanten Investitionen in Höhe von 10,9 Mio. Euro.

Somit ist keine Kreditaufnahme geplant, es werden 360.000 Euro getilgt, sodass die Pro-Kopf-Verschuldung auf 330,54 Euro sinkt, eigentlich sogar auf 179,24 Euro, wenn man die für das Land aufgenommenen Darlehen „Gute Schule“ und die Förderkredite fürs Übergangswohnheim abzieht.

An dieser Stelle möchte ich auf ausgewählte Investitionen eingehen:

Die Erweiterung der Mensa wird in 2023 mit weiteren 331.000 Euro zu Buche schlagen, nachdem 120.000 Euro bereits in diesem Jahr angesetzt wurden. Für die raumluft-technischen Anlagen in der Grundschule sind mit insgesamt 1,4 Mio. Euro angesetzt. 110.000 Euro sind mit 100prozentiger Förderung für die Anlage eines BMX-Trails geplant.

Wichtige Investitionen ebenfalls für die jungen Menschen.

Die größte Investition in 2023 wird der Bau des Radweges entlang der Osthellener Straße sein. Für 2023 sind 1,1 Mio. Euro veranschlagt, weitere 1,2 Mio. Euro in 2024.

Natürlich müssen wir auch den Innenstadtumbau fortsetzen. Mit 1.000.500 Euro in 2023 und hoffentlich zum Abschluss gebracht in 2024 mit weiteren 745.000 Euro.

Für 2023 ist mit zunächst 250.000 Euro der Start der Errichtung des neuen Bauhofes auf dem bereits gekauften Gelände am Friethöfer Kamp geplant. Diese Maßnahme kann nach meiner Einschätzung nicht weiter aufgeschoben werden. Wir brauchen angesichts der Fülle der Aufgaben einen zeitgemäßen Bauhof. Auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen vernünftige Sozialräume und angemessene Arbeitsplätze, damit uns weiter die Mitarbeitergewinnung gelingt.

Im Bereich Gewässer und Klimafolgenanpassung ist der Bau einer Wehranlage im Bereich der Berkel ebenso vorgesehen, wie eine Versickerungsanlage oberhalb des Weihgarten, um für Starkregenereignisse besser gewappnet zu sein.

Die Fortführung des Wirtschaftswegeausbauprogrammes ist mit 200.000 Euro angesetzt.

Also insgesamt wieder einmal ein ambitioniertes Investitionsprogramm.

Auch sind wir abhängig von zu beauftragenden Unternehmen, die sich wiederum auf ihre Lieferanten verlassen können müssen. Wir wissen Stand heute nicht, ab die veranschlagten Auszahlungen auskömmlich sein werden. Wir müssen dann im Jahresverlauf reagieren.

Und wie geht es weiter? Erst einmal müssen wir den Winter überstehen und vor allem die Monate der Dunkelflaute Anfang des Jahres. Wenn die Windräder und die Photovoltaikanlagen geringe Stromerträge liefern, hoffen wir, dass die zur Verfügung stehenden Kraftwerke ausreichen, um die Stromnetze unter Spannung zu halten.

Es gilt, Energie zu sparen, wo es sinnvoll und effektiv möglich ist. Natürlich auch immer mit dem Gedanken, unser gesellschaftliches Leben aufrecht zu erhalten und den Menschen trotz allem Angebote machen zu können, sei es im sportlichen, im kulturellen, aber auch im geselligen Bereich. Denn wir brauchen vor allem den Zusammenhalt, um die Kostenlast, den Zustrom an geflüchteten Menschen und die

„Hiobsbotschaften“ über Krieg und Energieknappheit stemmen zu können.

Wir haben in Billerbeck schon häufig bewiesen, dass wir das können. Mit Außenmaß und Ruhe nicht die Probleme zu verdrängen, sondern die Aufgaben zu lösen.

Und dazu sind wir gerade jetzt in besonderem Maße aufgerufen. Daher formuliere ich zum Ende meiner Haushaltsrede auch einen Wunsch: Besinnen wir uns auf das Wesentliche, lassen sie uns zusammenhalten, damit wir Billerbecks Zukunft so gestalten können, dass die Menschen hier auch weiterhin gut leben und arbeiten können, dass sie sich hier gut aufgehoben fühlen.